

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Postämter und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, insbesondere bei Krieg oder sonstigen Verhinderungen besteht kein Anspruch auf Wiedergabe der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Die 2-spaltige Reklamazeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Verspätete und Platzverdrängte Reklamazeilen werden nach Möglichkeit angenommen bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen über, wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers strafbar.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 249 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksred. Dresden 2840 Sonnabend, den 22. Oktober 1932

Romödien des Tages.

Konferenzgräber — Deutschlands Kolonien — Politischer Geistesstempel.

Ein paar hinterher flatternde Meldungen, vielleicht sogar ein paar hinterher laufende Bemerkungen konnten nichts mehr daran ändern: Macdonalds Vermittlungssaktion ist aus und erledigt. Sie ist endgültig gescheitert, und als mehr oder weniger überflüssiges Nachspiel folgte der Tragödie nun die Komödie des Streits um die „Schuldfrage“. Deutschlands Regierung hat sich in diesen Streit interessiert und sich interessant machender Staatsmänner und Politiker nicht eingemischt; vielleicht wird der Reichskanzler diesem nun hinter uns liegenden Geschehen bei Gelegenheit noch ein paar Worte der Aufklärung widmen, besonders da Macdonald als englischer Ministerpräsident sich nicht gerade sehr liebenswürdig zu der Haltung unserer Regierung geäußert hat, — aber das alles wären nur Leichentöne, die die toteschlagene Viermännerkonferenz doch nicht wieder zum Leben erwecken. Ein bißchen wird man auch wohl noch im englischen Parlament darüber sprechen, aber dann kriegt das Grab einen Denkstein von der Historie gesetzt: Hier liegt etwas begraben, was toteschlagen wurde, ehe es noch das Licht der Welt erblickte! Konferenz Nummer soundssoviel, — denn die Reihe dieser Konferenzgräber ist schon recht lang, und viele unglückliche Hoffnungen der Menschheit sind dort mitbestattet worden. Teils beigefügt unter dem hohlen Komplex geworden, teils diplomatischer Phrasen, teils heimlich im Dunkel der Nacht, weil der Totengräber, nämlich die Politik des Unverstandes und der Böswilligkeit, es ungern hat, wenn man seinem verhängnisvollen Tun zusieht. Für die Reichsregierung lohnt es sich nicht, auch nur einen Blick auf das Grab zurückzuwerfen, denn nur — die Lebenden haben recht! — oder vielmehr: sie verlangen ihr Recht. Peitscht doch Herrriot als der europäische Lenker und Leiter die Entwicklung unbeeirrt und ohne rückwärts oder seitwärts zu sehen allein auf das Ziel los, das er zweifellos auch schon in London dem englischen Ministerpräsidenten weit hinter dessen Vermittlungsplänen gezeigt hat: die Verwirklichung des neuen großen Abrüstungs- und Sicherheitsplans“ französischer Herkunft, bei dem man dann in irgendeinem Erdbeben etwas hineinlebt, was die „deutsche Gleichberechtigung“ darstellen soll. Den Staat, dessen Anwesenheit bei dieser „Arbeit“ sich vielleicht unangenehm spürbar machen könnte, Deutschland also, will Herrriot einfach nicht zulassen, und hat dies erreicht durch Aufstellung von Bedingungen, deren Annahme für Deutschland nicht bloß unmöglich ist, sondern mit deren Ablehnung Herrriot von vornherein gerechnet hat und rechnen durfte.

Man könnte das alles eine Komödie nennen, wenn es sich nicht um so fürchterlich ernste Dinge handeln würde und es sich die Genfer Politiker nicht verböden, sie als Komödianten zu bezeichnen. Immerhin hat schon vor dreihundert Jahren ein berühmter schwedischer Kanzler seinem Sohn anvertraut, es sei ganz unglücklich, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird. Heute scheint die geistige Produktion für diesen Zweck in Paris, Genf, und umliegenden Ortschaften“ besonders stark zusammengekrümpt zu sein, — nur ist es die Welt, sind es die Völker, die das zu spüren bekommen! Aber die „Ferberichter“ sind nicht allein schuld an all dem Elend, und des Herrn Professors Wilson abgesehen diese Unkenntnis über Deutschland nicht allein die Ursache dafür, daß zu ihm Herr Tardieu mit einer gefälschten „Bitte der Saarländer um Anschluß an Frankreich“ oder die Polen und Tschechen mit solchen Landkarten kommen konnten, und nun Deutschland zerschnitten wurde, jeder das von ihm begehrte Stück Land abreißen konnte! Ist's denn viel anders geworden seitdem, wenn man heute, sowohl heute in den Blättern des weitans größten amerikanischen Zeitungskonzerns, nämlich der uns nicht gerade fremdbildigen Hearst-Presse, lesen muß, wie sehr anläßlich der fünfzigjährigen Feier des Deutschen Kolonialvereins, in der der Auf Deutschlands gegen die Koloniallüge und für den Wiedererwerb unserer geraubten Kolonien laut wurde:

„Deutschland will die Rückgabe der Kolonien verlangen. Welche Kolonien verlor Deutschland nach dem Krieg? Elsaß-Lothringen, Cuyen-Malmedy, einen Teil von Ost- und Oberschlesien, Memel, Danzig und den nördlichen Teil von Schleswig. Auf die Rückgabe welcher Kolonien legt Deutschland besonderen Wert? Auf den polnischen Korridor, Danzig, Memel, Oberschlesien, Cuyen-Malmedy und einen Teil vom Elsaß.“

Da erscheint es unmöglich, auch nur den schüchternen Versuch zu machen, derartiges als ernsthaft geglaubt und geschrieben anzusehen. Und doch ist das der Fall. Bloß daß damit der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen mit einer geradezu amerikanischen Schnelligkeit getan worden ist. Das ist aber keine Komödie, sondern eine „Tragödie der Irrungen“.

Doch das Ernsthafte, diese vorläufig noch ersten Akte eines Schauspiels, das leicht zur Tragödie werden kann,

Der Kampf um die Kontingente.

Eine Rede Dr. Silberbergs in Köln.

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln wählte als Nachfolger für den verstorbenen Geheimen Kommerzienrat Louis Hagen den bekannten Industriellen Dr. Paul Silberberg zum Präsidenten. Bei Übernahme des Amtes hielt Dr. Silberberg eine Ansprache, in der er u. a. erklärte: Die Kammer habe die wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung seinerzeit ausdrücklich begrüßt, müsse aber heute feststellen, daß die Bestrebungen in der Kontingentierung den eigenen Grundrissen der Reichsregierung zuwiderlaufen. Die Reichsregierung möge erkennen, daß derartige Kontingentierungsbestimmungen die weiterverarbeitenden Industrien, die Kohleindustrie, besonders stark aber den Handel hemmend beeinflussen. Er erwarte, daß die Reichsregierung sich von den Hemmungen der Kontingentierung wieder befreie.

Die deutsch-französischen Kontingentierungsverhandlungen.

Befriedigendes Ergebnis.

Die französischen Bedenken bei den Kontingentierungsverhandlungen mit der deutschen Abordnung waren nicht grundsätzlicher Art, sondern betrafen im wesentlichen das Verfahren, nach dem in Deutschland die Kontingentierung nach Rätzen und nicht nach Ländern vorgenommen wird. Die Franzosen haben ferner darauf hingewiesen, daß in dem als Vergleichsjahr angenommenen Jahre 1931 infolge der Maßnahme gegen die Einschleppung des Kartoffelkäfers die Kartoffeleinfuhr nach Deutschland sehr gering war, so daß diese Bemessungsgrundlage für Frankreich ungünstig sei. Die französischen Sachverständigen haben außerdem noch einige Bedenken geäußert wegen der deutschen Bestimmungen der Reisbewirtschaftung und um die Maßnahme gegen die Einschleppung des Kartoffelkäfers, die man französischerseits für zu schwach hält. Das Gesamtergebnis der in Paris erfolgten Unterredungen kann somit als befriedigend bezeichnet werden.

Landwirtschaftsforderungen der DVP.

In einem Schreiben an den Reichskanzler werden von deutschnationaler Seite nochmals die wichtigsten Forderungen für die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft unterbreitet. Verlangt wird zunächst die sofortige Einführung von autonomen Gesamtkontingenten für diejenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Preisbildung direkt oder indirekt durch unnötige ausländische Einfuhr beeinflusst wird. Dann wird darauf hingewiesen, daß der Zinsendienst für den Personalkredit, der eine erschreckende Höhe erreicht habe, eine völlige Lähmung der Wirtschaft erzwingt. Hier müsse unbedingt eine sofortige Festsetzung der zulässigen Zinsspanne und durch weitgehende Umwandlung des Personalkredits in langfristigen Realcredit Abhilfe geschaffen werden.

Die Zuckersteuer sei allgemein auf die vor Erlass der Noverordnung festgesetzte Höhe zu senken, bei der Umsatzerlöse sei sofortige Wiederherstellung der Freigrenze von 5000 Mark und Vereinheitlichung der Umsatzsteuer für sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf 85 Prozent erforderlich. Ferner wird Verwendungsanspruch von einheimischen Ölen und Fetten für die Margarinefabrikation gefordert. Schließlich sei der Erlass der alten Saatgut- und Wanzerkredite sowie ähnlicher vor längerer Zeit gegebener Kredite eine dringende Notwendigkeit. Bezüglich der neueren von der öffentlichen Hand gegebenen Kredite müsse dringend eine vorläufige Stundung verlangt werden.

über nur geringe Rückwirkungen auf den Weltkrieg aus, der nun auch — allerdings als ein zeitlich stark zusammengedrücktes Schauspiel — angehoben hat oder, wie man zu sagen pflegt, „die ersten Wellen schlägt“. Hoffentlich bleiben diese Wellen aber mehr als im Juli solche nur papierner und oratorischer Art, und rufen sich nicht von Menschenblut wie damals! Aber wie oft und wo kommt es denn in den Wahlversammlungen noch zu einem Geistesstempel der politischen Gegenwart, wo zu einer „freien Aussprache“ wie früher, auch wenn diese angeknüpft ist? Es sind ja größtenteils nur Wahlverbindungen einer Partei, Demonstrationen also, in die sich hineinzuwagen für die Parteigegner ohne Schutz nicht gerade geratam ist. Versuche, es doch wieder zu einer wirklichen Aussprache zwischen den Gegnern kommen zu lassen, sind hier und da zu verzeichnen, finden aber noch in den Anfängen und dürften bei der Kürze der Zeit bis zum 6. November kaum viel Schule machen. Und doch kann die Wahrheit, vielleicht sogar eine — Verständigung nie mit „schlagenden“, sondern nur mit geistigen Gründen gesucht und gefunden werden.

Dr. Fr.

Günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, Mitte Oktober 1932 rund 5 150 000. Wenn diese Ziffer auch um rund 48 000 über derjenigen vom Ende des vorhergehenden Monats liegt, so bedeutet dies nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich in dem gleichen Umfange verschlechtert hat. Es ist durchaus möglich, daß sich die Entwicklung im Oktober ähnlich wie im September vollzieht, in dessen erster Hälfte die Arbeitslosenzahl ziffernmäßig bekanntlich um etwa 40 000 zugenommen hatte, während im weiteren Verlauf der Entwicklung eine stärkere Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 160 000 sich durchgesetzt hatte. Auch der Vergleich der zahlenmäßigen Entwicklung in der ersten Oktoberhälfte dieses Jahres mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres, in der die Arbeitslosenzahl um rund 129 000 Arbeitslose gestiegen war, läßt die ruhigere, verhältnismäßig günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Gegenwart erkennen. Bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen bleibt die Tatsache zu beachten, daß in der Zahl von 5 150 000 Arbeitslosen auch rund 200 000 junge Menschen mitgezählt sind, die bei dem freiwilligen Arbeitsdienst vorübergehend außerhalb der freien Wirtschaft Arbeit und Brot gefunden haben. Die Zahl der Notkandarbeitler, die im Laufe des Monats September 1932 noch um rund 21 000 auf rund 88 000 gesteigert werden konnte, dürfte auch bis Mitte Oktober eher noch etwas zugenommen haben.

Die Parteienhydra und der starke Regierungsbementi um ein Wahlplakat.

Die Anschlagssäulen in zahlreichen Orten zeigen seit kurzem ein Plakat, das einen starken Regierungsbementi darstellt, der eine Hydra mit Schlangenköpfen umklammert, die verschiedene Parteien verformbildlichen sollen. Die Presse hatte sich in längeren Ausführungen mit diesem Plakat befaßt und an die Regierung waren Fragen gerichtet worden, die jetzt dahin beantwortet werden: Von Seiten der Reichsregierung kann nicht festgestellt werden, ob es sich hierbei um ein Plakat der neugegründeten „Werbezentrale Volksdienst“ handelt. Festgestellt werden kann aber, daß für diese Werbezentrale Staatsgelder in keiner Weise gegeben worden sind oder gegeben werden.

Mit der „Werbezentrale Volksdienst“ hatte sich u. a. auch eine kommunistische Zeitung unter Berufung auf einen Artikel der Korrespondenz Der Tag besetzt. Die genannte Korrespondenz hatte u. a. behauptet, daß an den vorbereitenden Besprechungen für die Organisation der Werbezentrale und ihre Finanzierung durch eine dritte Stelle auch der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung teilgenommen habe. Hierzu wird festgestellt, daß der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung an solchen Vorbesprechungen nicht teilgenommen habe und demzufolge auch die anderen daran geknüpften Schlussfolgerungen unrichtig sind.

Die Regierungsfonds zur Förderung der Presse.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Bland, hat an das Mitglied des Reichstages Kurt Heinig nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Der Vorwärts veröffentlicht eine Zuschrift, die Sie ihm geschickt haben. Sie führen in ihr aus, daß der Reichskanzler vor dem Untersuchungsausschuß im Preussischen Landtag erklärt habe, es gebe im Reichshaushalt nur zwei Dispositionsfonds, die für die Presse in Betracht kämen; tatsächlich gebe es deren aber fünf. Darf ich hierzu feststellen, daß Ihre Ausführungen keineswegs zutreffen können. Für die Unterstützung der inländischen Presse, und nur um diese hat es sich im Untersuchungsausschuß gehandelt, kommen nur die von dem Herrn Reichskanzler genannten beiden Dispositionsfonds in Betracht. Weder der Fonds für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland, noch der Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes „Geheime Ausgaben“, noch der Dispositionsfonds des Reichswehrministeriums dürfen von Rechts wegen mit der deutschen Presse irgend etwas zu tun haben. Das mag früher anders gehandhabt worden sein, ich kann Ihnen aber die Zusicherung geben, daß unter der jetzigen Reichsregierung keinerlei Mittel aus diesen Fonds der deutschen Inlandspresse zufließen sind oder zufließen werden.“